

# Rosenbergstrasse 115

Der smarte junge Bundesrat aus Neuenburg hat bereits in den ersten Tagen gezeigt, wo der Unterschied zwischen Romands und Deutschschweizern liegt: im Mass der Staatsgläubigkeit. Die ach so lebensfrohen Welschen, die so gerne ihren Fendant süffeln, schlüpfen, wenns kritisch wird, rascher unter die staatliche Bettdecke als die Deutschschweizer. Es ist deshalb vielleicht nicht ganz untypisch, dass ein Bundesrat aus der welschen Schweiz – ein liberaler noch dazu – auf die Idee kommt, einen Impfwang zu verordnen.



Andererseits: Der Impfwang findet auch bei Kollegen Zustimmung. Originalton: «Wer Verantwortung für kranke Patienten übernimmt, tut alles, um sie vor Ansteckung zu schützen. Dazu gehört auch, sich selber impfen zu lassen.» Kolportiert wird dazu das Beispiel einer Angehörigen, die mit einer Krebserkrankung im Spital liegt, immungeschwächt und dadurch Krankheits-erregern aller Art hilflos ausgesetzt ist. Dem ist schwer zu entgegnen. Etwas hilflos versucht mans allenfalls mit der Frage nach dem Impfwang bei der jährlich wiederkehrenden saisonalen Grippe, die – bisher jedenfalls – bedeutend mehr Tote verursacht. Jahr für Jahr. Warum nicht sie obligatorisch erklären? Für die radikalen Impfbefürworter kein Thema: Natürlich sollte sie fürs Pflegepersonal ebenfalls vorgeschrieben werden.



Die in verschiedenen Schweizer Spitälern praktizierte Lösung: Man etikettiert die Mitarbeiter – und teilt sie damit ein in «Gute» und «Schlechte». Zwar werden

nicht gerade gelbe Stofffetzen auf die Kleidung genäht, aber ein Pin erfüllt letztlich den gleichen Zweck. Darf man das?



Ist der Impfstatus des Pflegepersonals ein rational begründbares Anliegen und im Gefolge der Impfwang ein akzeptabler Akt verordneter gesellschaftlicher Solidarität oder ist das alles bloss Ausdruck eines Vorbeugewahns, der nachgerade das ganze Alltagsleben umfasst? Ist es richtig, alles verhindern zu wollen (im Glauben, alles verhindern zu können), koste es was es wolle? Wobei die Kosten sowohl monetären wie auch sozialen Charakter haben. Ist es vernünftig, alles zu unternehmen, um auch wirklich zu verhindern, dass ein «Irrer» in ein Bärengehege steigen kann, um mit dem Bär zu tanzen? Ist es begründbar, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die dem Normalbürger den Entscheid abnehmen, auf welche Weise er sein Kind im Auto vor Unfällen schützen will? (Wir sprechen von der Kindersitzpflicht für Kinder bis 12 Jahre, die von der [unbewiesenen?] Behauptung ausgeht, dass die Sicherheitsgurten älteren Kinder nicht genügend Schutz bieten.) Müssen wir akzeptieren, dass – zumindest auf der Gemarckung einiger Kantone – Unfallprävention bedeutet, gewisse Hunderassen zu verbieten, obschon alle Fachleute versichern, dass das eine untaugliche Massnahme sei? Ist ein Rauchverbot auch in den eigenen vier Wänden ein taugliches Mittel der Prävention?



Das BAG, ein «Perpetuum mobile der Peinlichkeiten». Dies der Vorschlag eines Kollegen. Gut getroffen!



Der Neue – Burkhalter – höchstpersönlich soll die umstrittene IV-Kampagne gestoppt haben, die mit Sprüchen wie «Behinderte sind dauernd krank» oder «Behinderte liegen uns nur auf der Tasche» provozieren und so auf die berechtigten Anliegen von Behinderten aufmerksam machen wollte. Dies in der Annahme, derartige Vorurteile seien der gut verborgene Motor all jener Massnahmen, die auf eine Begrenzung des Ausgabenüberschusses der IV zielen. Vermutlich hat Burkhalter richtig gehandelt. Und vermutlich haben die eifrigen Werber die Motivation der politischen Aktivitäten zur Eindämmung des IV-Defizits nicht ganz richtig eingeschätzt. Jemand schlug vor, die Kampagne weiterzuführen, aber das Wort «Behinderte» durch «Beamte» zu ersetzen. Nicht schlecht. Vermutlich käme man damit den tatsächlich vorhandenen Vorurteilen näher: «Beamte liegen uns nur auf der Tasche.» Vorurteile?



Auch Europa hat eine Art Amtsblatt. In ihm lassen sich die Richtlinien, Verordnungen, Entscheidungen und Beschlüsse des Brüsseler Behörden- und Politikerpulks nachlesen. Wenn man denn die Zeit dafür findet. Immerhin erscheint das Amtsblatt täglich und umfasst, aufs Jahr gerechnet, bis zu 800 000 Seiten.

Richard Altorfer